

NACHRICHTEN

NACHTAKTIVER JÄGER

Nabu kürt Waldkauz zum „Vogel des Jahres“



Da guckter Foto: dpa

BERLIN | Der Waldkauz ist „Vogel des Jahres 2017“. Der Naturschutzbund (Nabu) und der bayerische Landesbund für Vogelschutz (LBV) kürten den nachtaktiven Jäger stellvertretend für alle Eulenarten, so der Nabu. Die Verbände wollen damit auf die Verbände wachen, die die Lebensbedingungen der Tiere in Höhlen alter Bäume aufmerksam machen. Denn das Fällen alter Höhlenbäume, ein-tönige Wälder und ausgeräumte Agrarlandschaften, auf denen Eulen keine Nahrung mehr finden, seien die größte Gefahr für einen gesunden Waldkauzbestand, hieß es. (epd)

STUTTGART 21

Bahn-Aufsichtsrat prüft Risiken

BERLIN | Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn hat gestern die Kosten- und Terminrisiken des Milliardenprojekts Stuttgart 21 überprüft. Grundlage bildete ein Gutachten der KPMG-Wirtschaftsprüfer, das der Aufsichtsrat im März in Auftrag gegeben hatte. Wie aus dem Umfeld des Aufsichtsrats bekannt wurde, rechnen die Experten damit, dass die für Ende 2021 geplante Eröffnung um mindestens ein Jahr, vielleicht auch um drei Jahre verschoben werden muss. Sie kommen auf Kosten von maximal 6,7 Milliarden Euro. (dpa)

30 JAHRE NACH SANDOZ

Wieder viele Lachse im Rhein

KOBLENZ | 30 Jahre nach dem Großbrand im Schweizer Chemieunternehmen Sandoz bei Basel und giftigem Löschwasser tummeln sich wieder viele Lachse im Rhein. Im Jahr 2015 seien rund 800 der sensiblen Wanderfische gezählt worden, so die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins gestern. Der Bau weiterer Kläranlagen und andere Millioneninvestitionen hätten gezeigt, „dass es möglich ist, aus der Kloake Rhein wieder einen guten sauberen Strom zu machen“. Es bleibe aber noch viel zu tun. (dpa)

VEGETARISCHES

CDU will keine Fleischbeurteile

BERLIN | Die Niedersachsen-CDU will Fleischbezeichnungen bei vegetarischen Produkten abschaffen. In einem Antrag der Fraktion heißt es, Fleischersatzprodukte sollten nicht mehr als „Wurst“, „Schnitzel“, „Frikadelle“ oder „Salami“ verkauft werden, berichtete die NOZ gestern. Das sei „Verbrauchertäuschung“, sagte CDU-Verbraucherschutzsprecher Frank Oesterhelweg: „Die Leute sollen wissen, was sie wollen. Sie sollen aber wissen, was sie essen.“ Unterstützung erhielt die CDU vom niedersächsischen Landvolk. (apf)

ZAHL DES TAGES

Niemand Neues bei der Deutschen Bank

Och menno, Deutsche Bank, 9.000 Stellen sollen ohnehin schon „abgebaut“ werden, weil dein Geschäftsmodell – Betrügen und Abkassieren – derzeit nicht ganz 25 Prozent Kapitalrendite abwirft. Und jetzt diese Horrormeldung: Einstellungsstopp! Bis auf Weiteres darf niemand mehr von außen angeworben werden. **Null neue Deutschbanker.** Jetzt mal im Ernst: Wer beobachtet sich noch in so einem Loserladen?



Aktivisten werfen H & M Ausbeutung vor

TEXTILIEN Beschäftigte in Kambodscha würden sehr wenig verdienen, Arbeitsbedingungen miserabel

BERLIN taz | Trotz gegenteiliger Absichtserklärungen kauft der Textilhändler H & M Aktivisten zufolge immer noch in Fabriken mit sehr geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen ein. Die durchschnittlichen Monatsgehälter (ohne Überstunden) bei drei Zulieferern in Kambodscha hätten 172,51 US-Dollar betragen, teilte die Kampagne für Saubere Kleidung mit. Dabei würden Arbeiter im Branchenschnitt 178 Dollar verdienen. Die Aktivisten haben Betroffene befragt.

Eine andere von H & M beauftragte Fabrik in dem asiatischen Land zahlte demnach Mitte 2015 mehr als die drei Konkurrenten. Da Bestellungen ausgiebig seien, habe sie die Gehälter jedoch auf 136 Dollar gesenkt, obwohl der Mindestlohn auf 140 Dollar gestiegen sei. Dabei habe H & M Fabrikbesitzern Hilfe versprochen. „Strukturen zu entwickeln, die die Zahlung eines Lohns zum Leben ermöglichen“, sagte Carin Leffler von der Kampagne. „Rechtzeitige Auftragsplanung und stabile Bestellvolumen gehören dazu.“

Der schwedische Konzern hatte 2013 eine Strategie mit dem Ziel gestartet, dass alle wichtigen Zulieferer ihren Arbeitern einen fairen Lohn zahlen, von dem diese leben können. Die von der Kampagne untersuchten Fabriken nahmen an einem Programm dieser Strategie teil und haben dabei laut H & M besonders gut abgeschnitten.

ArbeiterInnen aus drei der vier überprüften Fabriken waren laut den Aktivisten über Kurzarbeitsverträge mit ei-

ner Länge von zwei bis sechs Monaten angestellt. Das Arbeitsrecht in Kambodscha sehe aber vor, dass Beschäftigte, die länger als zwei Jahre in derselben Fabrik arbeiten, einen Anspruch auf Festanstellung haben.

Der Kampagne zufolge beklagten ArbeiterInnen auch, dass es keine unabhängige Gewerkschaft gebe. Sie fürchteten Diskriminierung oder die Kündigung, wenn sie eine Arbeitnehmervertretung gründen würden. Außerdem gebe es Berichte über unzureichende

Zulieferfirmen sollen ihren ArbeiterInnen einen Lohn zahlen, der zum Leben reicht

Krankentage, eingeschränkte Toilettenpausen und Ohnmachtsanfälle in den Fabriken. Damit hätten die Firmen gegen das kambodschanische Arbeitsrecht, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und H & Ms Verhaltenskodex verstoßen, kritisierten die Aktivisten.

In einer Stellungnahme für die taz bestritt H & M die Vorwürfe nicht. „Alle unsere Zulieferer müssen unseren strengen Verhaltenskodex unterschreiben und die nationalen Gesetze befolgen“, schrieb eine Sprecherin. „Wir überprüfen regelmäßig durch unangekündigte und angekündigte Besuche, dass unsere Anforderungen erfüllt werden.“ Dabei würden auch Arbeiter und Arbeiterinnen befragt.

JOST MAURIN

Milliarden für Verschmutzung

SUBVENTIONEN Umweltschädliche Handlungen werden vom Staat stark gefördert, umweltfreundliche dagegen kaum, so eine Studie des Umweltbundesamts



Plakette gut, alles gut? Foto: Karsten Thielker

AUS BERLIN TOBIAS PASTOORS

Wer zur Arbeit pendelt, kann das von der Steuer absetzen – 30 Cent pro Kilometer. Geht es nach dem Umweltbundesamt, dann wird sich das ändern. Die Pendlerpauschale fördere lange Fahrtwege und sei deshalb eine

umweltschädliche Subvention, sagte Maria Krautzberger, die Präsidentin des Umweltbundesamts (UBA) am Donnerstag in Berlin.

In einer Studie hat das Umweltbundesamt festgestellt, dass Deutschland umweltschädliche Handlungen und Technologien

mit mehr als 52 Milliarden Euro pro Jahr fördert – 24 Milliarden fließen dabei in den Verkehr. Die größte Förderung erhalten dabei Dieseltreibstoffe, 8 Milliarden Euro steuere der Staat hier jährlich durch Steuervergünstigungen bei. Die Energiesteuerbefreiung des Kerosins beim Flugverkehr betrage 7 Milliarden Euro, die Pendlerpauschale koste den Staat jährlich etwas mehr als 5 Milliarden Euro. Weitere 3 Milliarden Euro fließen in die Förderung von Dienstwagen.

„Wir fördern Technologien, von denen wir weg wollen“

MARIA KRAUTZBERGER

Auch an das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft fließen Subventionen in Form von günstigerer Energiebesteuerung. Besonders ärgerlich aus Sicht des UBA ist, dass die Höhe der umweltschädlichen Subventionen seit 2006 stetig angestiegen ist. „Die Bundesregierung lässt zwar inzwischen eine Umweltbewertung der Subventionen erstellen, nur die hat keinen Einfluss auf die Subventionen“, sagte Krautzberger.

Im Vergleich zu den umweltschädlichen Subventionen falle die Förderung für umweltfreundliche Technologien sehr gering aus. Für die energetische Gebäudesanierung stelle der Bund im Jahr 2014 1,1 Milliarden Euro bereit. Die Förderung der Elektromobilität beträgt 1 Milliarde Euro, aller-

dings nicht pro Jahr, sondern bis 2020. „Es macht doch keinen Sinn, Technologien zu fördern, von denen man weg will“, sagte Krautzberger. Das Umweltbundesamt fordert, dass der Bund die umweltschädlichen Subventionen bis 2025 auslaufen lässt. Leider sei Deutschland in dieser Frage eher ein Bremsblock, die EU, aber auch andere OECD-Staaten seien da schon weiter.

Großen Handlungsbedarf sieht das UBA auch bei der Textilproduktion. In Europa gebe es zwar einen guten Umweltstandard in der Produktion, doch 90 Prozent der in Deutschland gekauften Textilien werden eben nicht in Europa hergestellt. Für ein Kilogramm Textilien werde daher meist auch ein Kilogramm Chemikalien eingesetzt. Viele der eingesetzten Stoffe seien krebserregend oder schädlich für die Fruchtbarkeit. Manche der Chemikalien würden es durch den Umweg über den Fischmangel dann auf unsere Teller schaffen.

Es sei für den Verbraucher sehr schwierig, Kleidung zu kaufen, die nicht umweltschädlich ist. „Es gibt eine Vielzahl von Siegeln; viele halten nicht, was sie versprechen“, so Krautzberger. Gute Siegel seien die Bio-Zertifizierung aber auch das GOTS-Zertifikat. Der Verbraucher sei aber dennoch in der Verantwortung, seinen Konsum zu hinterfragen. Im Durchschnitt kauft die Deutschen derzeit 60 Kleidungsstücke pro Jahr. Bei einem T-Shirt für 4 Euro müsse jedem klar sein, dass da kein Wert auf die Umwelt oder sozial verträgliche Produktionsstandard gelegt werden könne.

In Kooperation mit **meilico international**

taz.reisen
in die Zivilgesellschaft

PALÄSTINA/JERUSALEM
Nabulus – Jenin – Ramallah – Jericho – Bethlehem – Hebron – Jerusalem
MIT GEORG BALTISSEN UND THOMAS HARTMANN
11 Tage, ab 2.530 € (DZ/HP/Flug)
2. bis 12. April sowie 22. Mai bis 1. Juni 2017
Bei dieser Reise lernen Sie das Alltagsleben der Palästinenser im Westjordanland und in Jerusalem kennen, Ihre Probleme mit der Besatzung sowie Ihre Hoffnungen und treffen engagierte Gesprächspartner aus der Zivilgesellschaft – und allein in Jerusalem ist schon eine Reise wert.
Alle Infos unter www.taz.de/tazreisen oder am Telefon (030) 2 5902-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

Portale wider den inneren Schweinehund

TARIFE Mehrere Online-Vergleichsservices erleichtern den Wechsel zu neuen Energieanbietern

BERLIN taz | Ihr größter Verbündeter ist wohl die menschliche Trägheit. Auf dem Markt der Strom- und Gasanbieter kämpfen in Deutschland derzeit 30 große und an die 100 kleinere, regionale Anbieter um jeden Kunden. Wer einmal bei einem Tarif gelandet ist, fühlt sich von der Palette an Angeboten oft überfordert und kann sich nicht zu einem Wechsel durchringen, obwohl der möglicherweise vorteilhaft wäre.

Aus dieser Schwäche der Kunden wollen jetzt gleich mehrere Vergleichsportale eine Stärke machen. Einen breit angelegten Vorstoß plant das Portal Verivox.

Wer sich für den neuen Service namens „Prime“ entscheidet, für den übernimmt Verivox die Tarifentscheidungen und Formalitäten rund um einen Anbieterwechsel. Das Portal schlägt günstige Angebote vor, per Telefon kann man dann den Wechsel abschließen. Der Service soll 29,90 Euro im Jahr kosten und gilt für Gas, Strom, Kfz-Versicherung und DSL-Anschluss zu Hause. Dafür verspricht Verivox eine Ersparnis von mindestens 250 Euro im ersten Jahr und in den Folgejahren von 100 Euro. Verbraucherschützer begrüßen das Angebot, bemängeln aber Lücken beim Datenschutz.

So neu ist die Idee von Verivox, das seit einem Jahr zum Medienkonzern ProSiebenSat.1 gehört, aber nicht. Auch gleich mehrere Start-ups basteln seit einigen Jahren an solchen Vergleichsportalen. Das Start-up SwitchUp aus Berlin Neukölln bietet einen ähnlichen Service – und zwar kostenlos. Finanzieren soll sich das Portal, indem es die Wechselprovision bei den Anbietern einstreicht.

Das Augsburger Start-up Cheapenergy 24 behält stattdessen einen Teil des ersparten Geldes ein, denn der Kunde durch den Anbieterwechsel erreicht. Gerade kleinere Anbieter

auf dem Energiemarkt müssen befürchten, dass ein angeregtes Wechselspiel ihrer Kundschaft langfristig das Geschäft bedrohen könnte. Im harten Preiskampf lohnt sich ein gewonnener Kunde für die Anbieter erst nach einigen Jahren Treue, heißt es dort.

„Wir wollen den Markt langfristig fairer machen“, sagt Celine Iding von SwitchUp. Dass sich die Vergleichsportale auf lange Sicht damit selbst das Geschäftsmodell abgraben glaubt man bei SwitchUp nicht. „Wir wollen unsere Vergleichsangebote auf immer neue Felder ausweiten.“

MARKUS SEHL